

Antrag Nr. 13-F-33-0096

CDU + SPD

Betreff:

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.11.2013 -

Antragstext:

Die repräsentative Demokratie kann zu Missverständnissen zwischen Mandatsträgern und Bürgern führen. Zum Beispiel ist zuweilen zu hören, dass ‚die da oben‘ ohnehin machten, was sie wollten. Die darin zum Ausdruck kommende Distanz zu kommunalpolitischen Entscheidungsabläufen ist für die Akzeptanz unseres freiheitlich demokratischen Systems nicht förderlich. Deshalb erscheint es sinnvoll, die Distanz zu kommunalpolitischen Projekten durch frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung zu verringern und Leitlinien für ein Bürgerbeteiligungskonzept für Wiesbaden zu formulieren. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass die Stadt Wiesbaden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 bereits einige Projekte im Bereich Bürgerbeteiligung erarbeitet hat, die teilweise heute noch bestehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, ein Fachkonzept zu einem Bürgerbeteiligungsmodell in Wiesbaden vorzulegen.
2. Dabei soll ausreichend Gelegenheit bestehen, alle Fragen und Forderungen, die sich aus den Anträgen der Bürgerliste Wiesbaden vom 10.06.2013 und von Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.13 ergeben haben, zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 06.11.2013

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Peter Schickel
Fachsprecher für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
(SPD-Fraktion)

Markus Seidel
Fraktionsassistent

Daniela Fuge
Fraktionsassistentin